

haushoch über mir steht“. Mit der schlichten Devise „I mög d' Leit und d' Leit mögn mi“ zieht er von der Muttertagsfeier beim VDK Haidhausen zum Freundschaftsschießen des Bundeswehrreservisten-Verbandes.

Etwas verkrampft versucht die SPD, mit den Jugendstilblumen auf den CSU-Wahlplakaten und Kiesls „Malbuch für die Kleinen“ („In der Schule lernt man zählen, Erich Kiesel soll man wählen“) mitzuhalten. Der Genosse Stadtkämmerer Max von Heckel kostümierte sich als Karl Valentin, um gegen den Wilddieb anzuschäkern, und mit einem roten Doppeldeckerbus aus London wollen seine Wahlhelfer mit Kiesls Tandem (hinten drauf Strauß) Schritt halten.

Der hagere, auf manche Beobachter eher griesgrämig wirkende Edelmann, der nach eigenem Bekunden „lieber Bücher liest als Reden hält“, ist für derlei Komödiantentum nicht gerade prädestiniert. Und wenig geeignet ist auch die Münchner SPD für eine so völlig entideologisierte schiere Sympathiewerbung.

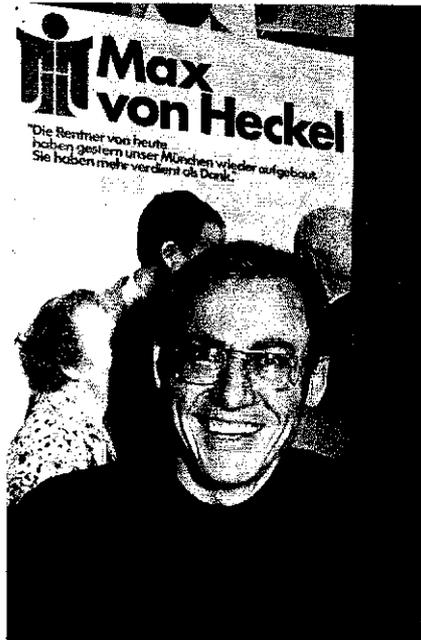
Doch gebeutelt von den Flügelkämpfen der vergangenen Jahre und den daraus resultierenden Wahlschlapfen (bis auf einen gingen der Partei alle Direktmandate im Bundestag und im Landtag verloren), glaubt die Münchner Genossenschaft, diesmal auf den herben Charme des Fortschrittsdenkens verzichten zu müssen.

Selbst wenn Kandidat Heckel im Rathaus gegen eine Beteiligung der Stadt am niederbayrischen Kernkraftwerk Ohu votiert, entschuldigt er eilends vor dem Wählervolk: „Das hat mit Ideologie nichts zu tun.“

Doch nicht nur die SPD München, in der einst Thesen wie die Sozialisierung der Apotheken oder die Kommunalisierung von Grund und Boden gediehen, stand damals programmatisch ganz vorne im Lande. Auch Münchner Unionschristen — allen voran Erich Kiesel — prellten „mit urbanem und intellektuellem Habitus“ vor, etwa um eine „liberalere Kulturpolitik in Bayern“ durchzusetzen.

Der zu den „Rebellen“ der Partei gerechnete Erich Kiesel („Von München wird die programmatische Erneuerung der CSU ausgehen“) legte Anfang der siebziger Jahre auch ein längst von der Partei wieder verworfenes „Programm zur Vermögensbildung in Arbeiterhand“ vor und zog mit einer „Münchner Grundsatzkommission“ sogar den Zorn des längst wieder versöhnten Chefs Strauß auf sich: „Wozu gründen wir eine Landeskommission, wenn ihr euren eigenen Mist macht?“

Offenbar hat der große dem kleinen Vorsitzenden dann das Theoretisieren derart gründlich ausgetrieben, daß Kiesel nun in kommunalpolitischen Fachdiskussionen, die er freilich nach



**Münchner OB-Kandidat von Heckel (SPD)**  
Schäkern nach dem Dschungelkrieg

Möglichkeit meidet, leicht ins Schleudern gerät — so auf einem von der „Süddeutschen Zeitung“ veranstalteten Forum in der vorletzten Woche, wo er mehrfach Pfiffe und Gelächter erntete und am Ende von seinem Kontrahenten belehrt werden mußte, daß Grundstückserwerb und finanzielle Ablösung von Baurecht „zwei völlig getrennte Paar Stiefel sind“.

Eigentlich wollte der Staatssekretär Kiesel, der Minister-Ambitionen hegte, auch gar nicht in die Kommunalpolitik herabsteigen. Noch vor eineinhalb Jahren bezeichnete er jene CSU-Freunde, die ihn „aus der Landespolitik wegloben“ wollten, als „Verschwörerclique“. Erst nach einer Intervention von Strauß gab Kiesel wieder mal klein bei: „Jawohl, mach ma.“

Ob er's nun wirklich am nächsten Sonntag auf Anhieb macht, ist ungewiß. Die Strategen beider Parteien sind sich einig, daß es wegen der Vielzahl anderer OB-Bewerber, von der FDP über einen von der SPD abgefallenen „Sozialen Rathausblock“ bis zu der umweltorientierten AUD, zu einer Stichwahl zwischen Heckel und Kiesel kommen wird.

Nach dem bayrischen Gemeindevahlrecht müssen die direkt zu wählenden OB-Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit gewinnen, was für Kiesel wie für Heckel nach den vorliegenden Prognosen vermutlich erst möglich wird, wenn die von den Außenseitern und Mini-Gruppen absorbierten Stimmen im zweiten Urnengang für den Stichentscheid frei werden.

Der sanfte Wahlkampf in München wird dann noch zwei Wochen länger währen.

## PARTEIEN

### Löcher stopfen

**Die Führung ist konzeptionslos, das Personal schwächlich — die rheinland-pfälzische SPD steckt in einer tiefen Krise.**

Immer wenn Oskar Böhm, 62, SPD-Bezirksvorstandsmitglied in der Pfalz, den Namen Klaus von Dohnanyi (49) hört, verfällt er in heimischen Dialekt. „Am liebste tät ich den uff de Mond schieße“, bekundet er dann über den Staatsminister im Auswärtigen Amt zu Bonn und Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Landau.

Sozialdemokraten in der Landeshauptstadt Mainz urteilen anders über ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1979. „Wie Dohnanyi Ideen pinkelt, das ist schon irre“, schwärmt Genosse Ernst Gerth, und der SPD-Abgeordnete Rudolf Scharping ist sicher: „Nur mit dieser anerkannten Figur sind Prozenzte zu holen.“ Der SPD-Abgeordnete Michael Reitzel wiederum: „Wenn wir den nicht hätten, hätten wir gar keinen.“

Die rheinland-pfälzische SPD, soviel besagen die Äußerungen über den Bonner Staatsminister, steckt wieder einmal in einer personellen Krise. Es gebriecht den Sozialdemokraten abermals an Alternativen zur regierenden CDU unter Ministerpräsident Bernhard Vogel, und mit Dohnanyi, so hoffen Ge-



**SPD-Spitzenkandidat von Dohnanyi**  
Zoff mit der Basis

nossen, lasse sich das Dilemma wenigstens etwas kaschieren.

Mit lasch organisierten und zudem wegen Regionalproporz stets uneinigen Parteibezirken hat die SPD nach der Landtagswahl 1975 (CDU: 53,9 Prozent, SPD: 38,5 Prozent, FDP: 5,6 Prozent) versäumt, neue Kandidaten zu sichten, mit denen sie chancenreich gegen die Christdemokraten antreten könnte. Denn ministrable Genossen gibt es im Lande nicht mehr, einige, die sich anböten, winkten ab oder waren nicht gefragt.

Karl Haehser, einst gewichtiger Kohl-Kontrahent im Landesparlament, heute Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, mag

„Unser Dampfer ist leck, wir können nur die Löcher stopfen.“

Die Landespartei hatte mehr damit zu tun, die Affären diverser Genossen zu verharmlosen, als im Landtag Opposition zu machen. Der Bundestagsabgeordnete Rudolf Kaffka geriet in den Verdacht, Manipulationen mit 125 000 Mark Staatszuschüssen für einen obskuren „Verein für staatsbürgerliche und jugendpolitische Bildung im Bereich Frankenthal, Grünstadt und im Donnersbergkreis e. V.“ betrieben zu haben (SPIEGEL 21/1977). Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Carlheinz Moesta, wurde letzthin von einem Koblenzer Gericht wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 80 000 Mark zu achtmonatiger

nur bis zur Landtagswahl im nächsten Jahr; dann will Thorwirth seinen Posten räumen.

Solchermaßen schwach bestellt, offenbaren die Sozialdemokraten wenig Geschick in ihrer Selbstdarstellung. Während CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel sich mit Kreisbereisungen in die hinterste Provinz in Szene setzt und, wie SPD-Leute eingestehen, sein Kabinett „sachlich gut regiert“, tut sich die SPD als Oppositionsfraktion mit 40 Sitzen zusehends schwerer.

Wann immer sie bemüht ist, Spektakuläres im Plenum zur Aussprache zu bringen — die kleine FDP (5 Sitze) erweist sich fast immer als fachlich versierter und schlagfertiger; so jüngst bei einer Debatte um eine vom Verfassungsschutz geprüfte und von SPD-Abgeordneten unterzeichnete Liste für eine DKP-Lehrerin, nach der der Hessische Rundfunk die Rheinland-Pfalz-SPD als „schlechteste Opposition in der Bundesrepublik“ betitelte.

An einer Koalition mit der SPD, durch die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz erstmals mitregieren könnten, wäre Mainzer Freidemokraten denn auch wenig gelegen. Sie liebäugeln ohnehin seit eh und je mit der CDU und meinen, daß sie sich, so ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Werner Danz, in einem Kabinett Vogel „richtig schön darstellen“ können.

In ihrer chronischen Misere erscheint der SPD von Rheinland-Pfalz denn auch jener Mann als letzte Hoffnung, der, so erinnert sich ein Parteifreund, „hier so arrogant war, daß ich ihm am liebsten die Tasche in die Schnauze geschlagen hätte“. Der intellektuelle Dohnanyi aus Bonn hatte in der Pfalz stets „Zoff mit der Basis“.

Doch hoffen die Genossen, daß der Mann mit dem feinen Lebenslauf bei rechten Wählern Eindruck macht. Mit Abitur in Kloster St. Ottilien, als Jurist mit Abschlußexamen von Yale und Ex-Bildungsminister unter Willy Brandt ist Dohnanyi für die Rheinland-Pfalz-SPD ein Kandidat, mit dem sie sich „endlich wieder sehen lassen kann“, hofft Landesvorsitzender Schweitzer.

Der weitreisende Staatsminister des Auswärtigen Amtes jedoch verunsicherte die Partei, als er offen ließ, ob er auch als Oppositionsführer nach Mainz gehen würde — Grund genug für die Genossen im Lande, es ihm in geheimer Abstimmung zu zeigen: 9 von 17 Vorstandsmitgliedern des Pfälzer Bezirks stimmten gegen Dohnanyis Nominierung, nur einer für ihn. Sieben Vorständler hatten am Abstimmen kein Interesse, sie waren gar nicht erschienen.

Der SPD-Landesvorstand votierte dagegen mit elf Stimmen glatt für Dohnanyi, bei einer Enthaltung. Wie sehr die Genossen tatsächlich hinter Dohnanyi stehen, weiß ein Teilnehmer: Sieben Mitglieder des Landesvorstandes wollen sich „der einen Stimme enthalten haben“.



Rheinland-pfälzische SPD-Landtagsfraktion: Schlechteste Opposition der Bundesrepublik?

„keinen Rückweg nach Mainz antreten“. Oberbürgermeister Jockel Fuchs, 1970 für ein Jahr Fraktionschef der SPD und noch heute populärster Landesgenosse, amtiert lieber von Karneval zu Karneval. Conrad Ahlers, ehemals Bonner Regierungssprecher und seit 1972 SPD-Abgeordneter im Wahlkreis Kreuznach, blieb für die rheinland-pfälzischen Genossen stets ein Zugereister. „Wenn er mal da war“, wähten ihn die heimischen Genossen spöttisch „in der Sommerfrische“.

Wilhelm Dröschel, im November verstorbenen SPD-Schatzmeister und erfolgloser Spitzenkandidat der Partei gegen Helmut Kohl 1971 und 1975, hätte ohnehin nicht mehr bereitgestanden. Er hatte erkannt, daß diese SPD weder gegen Kohl noch gegen Vogel in Rheinland-Pfalz gewinnen konnte:

Haftstrafe mit Bewährung verurteilt; er trat aus dem Fraktionsvorstand zurück.

Ratlosigkeit selbst unter sonst optimistischen Genossen: Als sich der Landesvorsitzende Hans Schweitzer unlängst ohne Not bei der CDU anbiedernte und von einer großen Koalition in Mainz schwadronierte, kurz darauf wieder die FDP als einzigen Koalitionspartner nannte, waren die Genossen perplex. „Wenn der politisch wird“, fand der SPD-Landtagsabgeordnete Manfred Scherrer, „greift sich jeder nur noch an den Kopf.“

Wie Schweitzer ist auch der betuli- che parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Hans Herrmann, nur aus Proporzgründen im Amt, umstritten. Als einzig profilierter Mann im Parlament bleibt der SPD nur Fraktionschef Karl Thorwirth — aber